



erlanger linke

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 13.10.2020
Antragsnr.: 380/2020
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III

ErLi/GL/ÖDP/KL, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
**Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen**

Antrag zum HFGA am 21.10.2020: Offener Brief an die VKA als Aufruf zur Aufnahme von fairen Verhandlungen in der aktuellen Tarifrunde

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen als Erlanger Linke, GRÜNE/GL-Fraktion, ÖDP-Fraktion und Klimaliste Erlangen, dass Sie als Vertretung der Stadt Erlangen diesen offenen Brief (siehe unten, kursiv und in Anführungszeichen) im Namen der Stadt und der zustimmenden Gruppen und Fraktion an Herrn Mäde, als Verhandlungsführer der VKA schicken.

Die inhaltliche Begründung ist dem Text des offenen Briefes zu entnehmen. Rechtlich und verwaltungstechnisch möchten wir noch folgendes anführen:

Unserer Meinung nach liegt hier eindeutig eine Befassungskompetenz des Stadtrates von Erlangen vor, denn

a) Die Stadt ist Mitglied im VKA Bayern. Der VKA Bayern ist wiederum Mitglied im VKA, der die Verhandlungen führt. Aus dem Organisationsaufbau und den Satzungen des VKA und des VKA Bayern ist ersichtlich, dass sich der VKA aus den 16 Mitgliedsverbänden zusammensetzt, die die Meinungsbildung im VKA gestalten. D.h. der Weg der Einflussnahme geht über den VKA-Bayern, in der die Stadt Erlangen Mitglied und wiederum selbst meinungsbildend ist. Der Stadtrat ist Organ der Stadt Erlangen und damit befugt, Mitgliedschaftsrechte (auch die Meinungsbildung) als Mitglied im VKA wahr zu nehmen.

Man könnte nunmehr die Frage stellen, ob das Wahrnehmen der Mitgliedschaftsrechte im VKA-Bayern zu einem Geschäft der laufenden Verwaltung gem. [Art. 37 Abs 1 Ziff 1 GO](#) fallen. Das ist möglicherweise im Normalfall auch der Fall, aber wenn es um Dinge geht, die grundsätzliche Bedeutung haben und erhebliche Verpflichtungen erwarten lassen ist eben der Stadtrat zuständig. Das ist nach unserer Rechtsauffassung bei Tarifverhandlungen der Fall, denn diese haben grundsätzliche Bedeutung und lassen erhebliche Verpflichtungen erwarten.

b) örtlicher Bezug:

In jedem Fall ist der örtliche Bezug gegeben, denn

- die Stadt Erlangen hat Beschäftigte, die von den Verhandlungen und damit von dem gestellten Antrag betroffen sind
- die Tochter der Stadt (Stadtwerke) hat Beschäftigte im Bereich des ÖPNV, die von den Verhandlungen und damit vom gestellten Antrag betroffen sind.
- Zudem ist der örtliche Bezug dadurch gegeben, dass die Qualität der Stadtverwaltung aber auch des ÖPNV (und damit die Bedeutung eines ausreichend bezahlten Personals) als Aufgabenträger für die Stadtverwaltung/den ÖPNV zum Aufgabengebiet der Stadt gehören

c) Zuständigkeit für die Stadtwerke als Tochter der Stadt.

Der Stadtrat nimmt die Gesellschafterrechte der Stadt bei seiner Tochter wahr und ist über die Gesellschafterversammlung gegenüber dem Vorstand weisungsberechtigt. Insofern ist auch aus dieser Betrachtung eine Befassungskompetenz auch für diesen Antrag gegeben.

„Sehr geehrter Herr Mädge,

aktuell laufen die Tarifrunden für den öffentlichen Dienst, in der Sie als Verhandlungsführer der VKA auch unsere Kommune vertreten. Natürlich ist uns sehr genau bewusst, dass diese Tarifrunde durch die finanziellen Belastungen der Corona-Krise beeinflusst wird. Die Beschäftigten aber, die nicht nur in diesen schwierigen Krisenzeiten bewiesen haben, dass auf sie Verlass ist, dürfen für ihre Leistung nicht auch noch bestraft werden.

Dem Engagement der Menschen, die z. B. in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen unter Einsatz ihrer eigenen Gesundheit um das Leben von Bürger:innen kämpfen, die in den Gesundheitsämtern unter einem enormen Druck mit zahlreichen Überstunden dafür sorgen, dass Infektionsketten unterbrochen werden können oder die bei den Stadtwerken und im ÖPNV die Infrastruktur und Mobilität aufrechterhalten, wird eine Nullrunde nicht gerecht.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tragen mit ihrer Arbeit entscheidend dazu bei, das Leben in Erlangen und in der gesamten Region am Laufen zu halten. Die Pandemie ist aber längst nicht vorbei und niemand kann deshalb ein Interesse daran haben, dass jetzt zwar berechnete, aber langwierige Streiks in Kliniken, Kitas oder beim ÖPNV stattfinden.

Was wir deshalb brauchen, sind konstruktive und verantwortungsvolle Verhandlungen. Dazu gehört, dass trotz des notwendigen Blicks auf die Kassenlage, nach dem Applaus der Öffentlichkeit und den wertschätzenden Worten auch entsprechende Taten folgen. Nur so wird der öffentliche Dienst auch in Zukunft seine wichtige Rolle erfüllen können.

Deshalb appellieren wir – die Erlanger Stadträt:innen – an Sie, die Verhandlungen mit den Gewerkschaften fair und wertschätzend zu führen, ein verhandlungsfähiges Angebot zu machen und einen tragfähigen Kompromiss für beide Seiten zu finden.“

Mit Freundlichen Grüßen

Für die Erlanger Linke

Fabiana Girstenbrei, Stadträtin

Johannes Pöhlmann, Stadtrat

Für die GRÜNE/GL-Fraktion

Marc Urban,

Sprecher für Arbeit und Gewerkschaft

Marcus Bazant, Fraktionsvorsitzender

Für die ÖDP-Fraktion

Joachim Jarosch, Fraktionsvorsitzender

Barbara Grille, Stadträtin

Frank Höppel, Stadtrat

Für die Klimaliste

Sebastian Hornschild, Stadtrat

Martin Hundhausen, Stadtrat